

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 99 (1973)
Heft: 2

Rubrik: Blick zurück auf Bern

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zu den Modeworten, die leichtin von jedermann, von Volk und Regierung samt den Massenmedien jeden Tag unbedacht gebraucht werden, gehört «Teuerung». Wenn in den bisher registrierten Jahrtausenden der Menschheitsgeschichte «eine Teuerung über das Land kam», dann wirkte sie sich als nationale Katastrophe aus. «Ein Mütt Korn» wurde dann so teuer, daß die ärmeren Leute kein Brot mehr kaufen konnten. Sie lebten, wie uns das die alten Lesebuchgeschichten berichten, aus Kartoffeln und Kaffee-Ersatz. Milch war unerschwinglich, auch wenn die ganze Familie samt den Kindern bis in die Nacht arbeitete.

Eigenartige «Teuerung»

Von einer Teuerung aber wie der jetzigen hat man nie gehört: daß die Comestibles-Läden nicht nachkamen, Gänse, Truten, Austern und Pasteten zu beschaffen; daß die Stereo-Anlagen lange vor Weihnachten ausverkauft waren; daß die Kunden korbweise feine Schnäpse heim schafften; daß die Rekordzahlen für Auto-Importe schon wieder überboten wurden. Man muß sich da schon an andere Begriffe halten, «Inflation» vielleicht. Aber von «Teuerung» oder gar von «Notstand» zu reden, ist vermessen – hauptsächlich deshalb, weil anderswo auf der Welt tatsächlich Teuerung und Not herrschen.

So hat denn auch niemand die Hände gerungen, als der Bundesrat auf Neujahr hin den Bauern höhere Preise bewilligte, was nichts anderes heißt, als daß Milch, Fleisch und Ackerprodukte im Laden sofort oder im Laufe der allernächsten Zeit ordentlich aufschlagen. Bei solchen Gelegenheiten kommt einem nebenbei in den Sinn, daß es mit unserer vermeintlichen «freien Marktwirtschaft» gar nicht mehr so weit her ist: Die Regierung bestimmt, wieviel der Bauer für Milch und Vieh, für Zuckerrüben und Raps lösen darf. Sie hilft unseren Bauern mit einem komplizierten Subventionsgefüge. Würde sie es nicht tun, dann hätten wir schon lange keinen Bauernstand mehr, und die in den Jodelliedern so hochgeschätzte Heimatscholle müßte zwangsläufig veröden. Also denn: Der Staat bezahlt die Subventionen; er befiehlt die Preise. Wer zahlt, befiehlt.

Es wirkte denn auch mehr komisch als tragisch, daß der Bundesrat am selben Tage, an dem die beiden eidgenössischen Räte nach grimmigen Redeschlachten über die «Dämpfung» der Teuerung auseinandergetreten waren, die Preisforderungen der Bauern bewilligt wurden. Um den Konsumenten zu schonen, übernimmt die Staatskasse den Preisaufschlag auf Butter und Käse. Finanzminister Celio, der entschlossen erklärt hatte, er werde jeden Nachtragskredit zum Defizitbudget exakt unter die Lupe

Blick zurück auf Bern

nehmen, mußte also, bevor nur das neue Defizitjahr begonnen hatte, schon einen Zusatzbetrag von gegen 50 Millionen Franken schlucken.

Die Tragikomik dieser Widersprüche war dem Bundesrat klar. «So geschieht sind wir auch noch», kommentierte Bundesrat Brugger, als er der Öffentlichkeit die neu bewilligten Landwirtschaftspreise bekannt gab, «daß wir merken, wie schlecht unsere Beschlüsse in die Dämpfungslandschaft passen. Aber hätten wir hart bleiben, einen Gewalt-Akt produzieren, einfach nein sagen sollen?» Die Frage stellen, hieß sie beantworten. Ernst Brugger fand die Formel: der Kampf gegen die Teuerung dürfe nicht auf dem Buckel der Schwächsten ausgefochten werden. Die meisten ändern hatten bereits erhalten, was sie wünschten: die Beamten den 13. Monatslohn und viele dazu noch eine Korrektur auf der Verdienststufenleiter; auch die Privatwirt-

Blick zurück auf Bern

schaft zeigte sich notgedrungen nobel mit Gratifikationen und Aufbesserungen; Warenpreise wurden ohne großes Aufsehen erhöht; Banken und Versicherungen verlangten mehr für ihre Dienstleistungen; die Spitaltaxen kletterten kräftig nach oben, und der Wirteverein empfahl seinen Mitgliedern, ihre Konsumations-Rechnungen gleich um neun Prozent aufzustocken.

Zum Staatsbauern unterwegs?

Trotzdem gab es Bauern, die fanden, sie kämen auch jetzt wieder zu kurz. Die «Union des producteurs» schimpfte auf die bäuerlichen Verbandsspitzen, weil sie so lächerlich wenig ausgehandelt hätten. Deren Verhandlungen stützen sich jeweils auf den «paritätischen» Lohn, den Volkswirtschaftler zwischen bäuerlichen und andern Leuten ausrechnen. Selbstverständlich kritisieren die Nichtbauern an diesen Rechnungen, die Selbstversorgung und die billige Arbeitskraft der eigenen Familienmitglieder werde zu hoch bewertet, während die Bauern ihrerseits das Gegenteil herausfinden. Wer gäbe sich sonst noch im Lande mit nur zwei Wochen Ferien zufrieden? fragen sie. Vermutlich wird diese ganze unsympathische Rechnerei einmal aufgegeben werden müssen. Zum Bauern als direktem Staatsangestellten führt zwar noch ein weiter Weg. Aber ob man auf die Dauer mit diesem Berechnungsspiel weiter käme, ist ebenfalls fraglich. «Der Bauernstand als Ganzes ist bedroht», erklärte Bundesrat Brugger an jener Konferenz. «Die Situation ist nicht glänzend, die Abwanderung immer noch beträchtlich. Wir werden nicht darum herumkommen, in gewissen Gegenden Bauernbetriebe mit staatlicher Beihilfe aufrecht zu erhalten.»

Was zu retten wäre

Große Hoffnungen setzen die Raumplaner auf die Ausscheidung von Landwirtschaftszonen. Das kommende Gesetz, erläuterte der Volkswirtschafts-Chef, entspreche in seiner Auswirkung etwa dem Forstgesetz zu Beginn dieses Jahrhunderts, das uns den Wald gerettet habe. «Erst wenn die Zonen geordnet sind, wird der Bauer wieder richtiger Landwirt sein können und nicht gleichzeitig Land-Bebauer und potentieller Land-Verkäufer.»

Aber mit diesem Raumplanungsgesetz – der originelle Ständerat Graf

aus Stein am Rhein findet schon den Namen scheußlich, weil er ihn an Wortbildungen aus Hitler-Zeiten erinnere – mit diesem Gesetz geht es nur harzig vorwärts. Justiz-Chef Furgler, in dessen Bereich es fällt, hatte auf die Weihnachts-session hin alles präzisiert vorbereitet. Aber zu seiner Enttäuschung kam der Ständerat, der hier den Vorrang hat, nicht über die Eintretensdebatte hinaus, das heißt: das Allgemeine und Grundsätzliche wurde beredet, aber das Detail folgt erst im März, und bekanntlich sitzt der Teufel im Detail. Am Willen, zu retten, was zu retten ist, scheint es zwar nicht zu fehlen. Der Ständerat will sogar noch mehr als die Regierung: zur «Begrenzung der Siedlungsgebiete», zur «Erhaltung der Eigenart und Schönheit unserer Landschaft» soll das Gesetz auch für folgendes sorgen:

- die natürlichen Grundlagen des Lebens, wie Luft, Wasser und Land schützen;
- die räumlichen Voraussetzungen für die Entfaltung des persönlichen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens schaffen;
- die Dezentralisation der Besiedlung fördern;
- dem Erfordernis der Ernährung aus eigenem Boden Rechnung tragen;
- die Gesamtverteidigung des Landes berücksichtigen.

Man sieht nur aus diesem kleinen Katalog, welche Aufgaben der Staat in allernächster Zeit zu übernehmen hat. Alles ist ineinander verzahnt; überall stoßen die persönlichen Freiheitsrechte mit der Rücksicht aufs Allgemeinwohl zusammen. Wird überall harmonischer Kompromiß gelingen?

Zwangsläufig erhalten die Regierungen und ihre Verwaltung stets stärkere Vollmachten. Deshalb wird je länger je wichtiger, wer im Bundesrat und an den entscheidenden Schlüsselstellungen sitzt. Zurzeit haben wir uns sicher nicht zu beklagen. Die einzelnen Mitglieder der Kollegialbehörde denken, sprechen und handeln meistens nicht als Partei- oder Interessenvertreter, sondern aus der Verantwortung für das Ganze; die Interessen kommen in den Zeitungen und im Parlament zu Wort. Für perfektionistische Weltverbesserer ist das zwar noch kein idealer Zustand. Gemessen an dem, was war und was sein könnte, läßt sich aber doch mit gezügelter Zuversicht in die Zukunft kutschieren.

Kaspar Subinger

Was i wett isch Cassinette



Cassinette ist gesundheitlich wertvoll durch seinen hohen Gehalt an fruchteigenem

Vitamin C

Ein ova-Produkt

Offene Krampfadern
hartnäckige Ekzeme

eitrige Geschwüre bekämpft auch bei veralteten
Fällen die vorzügliche, in hohem Maße reiz- und schmerz lindern-
de Spezial-Heilsalbe Buthaesan.
Machen Sie einen Versuch.

Buthaesan